

Stadt bekommt im Januar 2021 eine Klimamanagerin

Neue Stelle ein Jahr nach Ratsbeschluss / Verwaltung ignoriert Forderung nach weiterem Klimaschutz-Posten

Von Rainer Breda

Hildesheim. Im Hildesheimer Rathaus arbeitet ab Anfang Januar eine Klimamanagerin: Das hat Baudezernentin Andrea Döring am Mittwochabend im Stadtentwicklungsausschuss (Steba) angekündigt. Die neue Kraft soll unter anderem ein Klimaschutzprogramm erstellen und sich um den European-Energy-Award (EEA) kümmern – ein Zertifizierungssystem, mit dem die Stadt eine Struktur in ihre Klima-Maßnahmen bringen will.

Die Entscheidung, beim Bemühen um mehr Klimaschutz auf professionelle Hilfe zu setzen, ist bereits vor mehr als einem Jahr gefallen: Im September 2019 hatte der Rat

beschlossen, beim EEA mitzumachen und den Prozess von einem Klimamanager begleiten zu lassen. Der Wunsch von SPD, Grünen und der Linken, außerdem bei allen Ratsbeschlüssen deren Folgen für das Klima auszuweisen, war damals knapp gescheitert.

Nun wollte die SPD von der Verwaltung wissen, wann denn der Klimamanager anfrage und es mit dem Zertifizierungsverfahren losgehe. Stadtbaurätin Döring wurde in ihrer Antwort tatsächlich konkret.

Die Stadt habe die Stelle erst ausschreiben können, nachdem das Land den Haushaltsplan genehmigt habe, betonte die Baudezernentin. Doch inzwischen sei das Auswahlverfahren („es gab recht

viele Bewerbungen“) abgeschlossen; die Verwaltung habe sich für eine Kandidatin entschieden, die Erfahrung mitbringe: „Sie hat schon in einer Klimaschutzagentur gearbeitet und überhaupt einen guten Eindruck gemacht.“

Neue kommt nächstes Jahr

Ihren Dienst könne die neue Mitarbeiterin allerdings erst Anfang nächsten Jahres antreten; ihr derzeitiger Chef lasse sie nicht früher gehen, berichtete Döring.

Der Ausschuss nahm deren Ausführungen wortlos zur Kenntnis; einzig AfD-Fraktionsvorsitzender Ralf Kriesinger kommentierte die Ankündigung. Das Land habe die Stadt mehrfach ermahnt, ihre Personalkosten in den Griff zu bekom-

men, nun blähe man die Verwaltung auf. „Wir leisten uns eine Stelle ohne erlebbaren Mehrwert für die Bürger – das ist bedauerlich“, monierte Kriesinger.

Der SPD-Politiker Detlef Hansen sah das ganz anders. „Ich finde, der Klimaschutz ist das wichtigste Thema überhaupt“, hielt der Steba-Vorsitzende dem AfD-Sprecher entgegen. Er sei froh, dass „es in die richtige Richtung geht“, sagte Hansen.

Weniger gut war zuvor Dörings Erklärung angekommen, anders als vom Rat gefordert keinen „Gewerbegebietsmanager“ einzustellen. Dieser sollte Unternehmen in bestehenden Firmen-Gegenden bei Klimaschutzmaßnahmen beraten. Die Politiker hatten dafür im

Dezember 2019 eine halbe Stelle im Haushaltsplan vorgesehen. Doch nun erklärte Döring auf die Frage von Grünen-Politiker Ulrich Rübiger, wie weit die Verwaltung in der Sache sei, der Oberbürgermeister sehe keine Notwendigkeit für die Stelle.

Die Ungeduld wächst

Der Ansatz sei zwar gut, sagte Döring. Doch es fehle der Kontext, „wir brauchen zuerst ein Klimaschutzprogramm“. Sie werde das Thema in den EEA-Prozess einspeisen, die Klimamanagerin könne sich in dessen Rahmen darum kümmern. Allerdings komme das Anliegen – die klimapolitische Verbesserung in Gewerbegebieten – nicht in der „Stadt-Strategie“

vor, betonte Döring. Rat und Verwaltung haben darin ihre Ziele für die nächsten Jahre festgelegt. Dörings Hinweis sollte daher wohl bedeuten, dass die Verwaltung eigentlich ohnehin nichts von der Idee hält.

Grünen-Chef Rübiger reagierte kühl. „Man ist ja schon zufrieden, wenn die Sache in welcher Form auch immer in Gang kommt.“

Allerdings werde das Unverständnis junger Menschen für das langsame Agieren von Verwaltung und Rat beim Klimaschutz immer größer. Ähnlich äußerte sich Steba-Vorsitzender Hansen im Zuge der Diskussion über die Klimamanagerin. „Nicht nur junge Menschen sind ungeduldig, auch wir sind es.“